

Grünes Licht für weitere IGI-Planung

Warthauer Rat spricht sich für geänderten Bebauungsplan aus - Es gibt aber auch Kritik

Von Andreas Spengler

Warthausen

Wie soll das geplante Industriegebiet im Rißtal (IGI) aussehen? Diese Frage beantwortet der Bebauungsplan, der nach einer Anhörung von Trägern öffentlicher Belange nochmals überarbeitet wurde. Nun hat der Warthauer Gemeinderat sich für die überarbeitete Planung ausgesprochen.

Weiter grünes Licht für die IGI-Planungen: Mit acht Ja-, drei Gegenstimmen und zwei Enthaltungen haben die Warthauer Räte ihre Zustimmung ausgedrückt. Im Kern ging es bei der Abstimmung um die Frage, wie sich die Vertreter der Gemeinde im IGI-Zweckverband positionieren sollen. Auch Biberach und Schemmerhofen haben sich bereits für die geänderten Planungen ausgesprochen.

Für Diskussionen sorgte in Warthausen zunächst der Ausschluss des Ratsmitglieds Philipp Eggensberger, der als Mitglied der ÖBB-Fraktion zu den schärfsten Kritikern des IGI zählt. Bürgermeister Wolfgang Jautz begründete den Ausschluss mit einer persönlichen Befangenheit des Gemeinderats, da ein Familienmitglied selbst eine Fläche im heutigen IGI-Gebiet besitze. An bisherigen Beratungen hatte Eggensberger stets teilnehmen dürfen. Bei der Gemeindeverwaltung sei nun aber ein Hinweis auf die Befangenheit eingegangen.

Nachdem Eggensberger vom Tisch abgerückt war, stellte der Planer Bernd Munz vom Büro Lars Consult die wesentlichen Änderungen der Planungen vor. Die Grundzüge hatte der Schemmerhofer Bürgermeister Mario Glaser bereits in der Schemmerhofer Ratssitzung vorgestellt (SZ berichtete). Vertiefend ging Munz auf einzelne Themen ein. Ein spezielles hydrologisches Gutachten habe gezeigt, dass es bei einer möglichen Verschmutzung in dem Gebiet mindestens sechs Monate dauern würde, bis die Verschmutzung in der Wasserfassung ankommen würde. Somit bleibe selbst im Notfall genügend Zeit, um zu handeln.

Munz ging auch auf die Verkehrssituation in Herrlishöfen ein. Gutachten hätten gezeigt, dass es dort heute bereits zur Lärm- und Verkehrsüberschreitungen komme. Die Möglichkeiten dagegen seien allerdings begrenzt: Eine Lärmschutzwand komme innerorts nicht in Frage, ebenso wenig wie ein Flüsterasphalt, da dieser seine Vorteile erst bei höheren Geschwindigkeiten zeige.

Somit verbleibe die Option, eine Tempo-30-Zone innerorts und Tempo 70 außerorts einzurichten. Eggenberger mahnte am Ende der Sitzung: „Warum warten wir mit der Geschwindigkeitsbegrenzung, bis das IGI kommt?“ Die Verwaltung solle ich jetzt bereits „dahinterklemmen“. Bürgermeister Wolfgang Jautz antwortete, es seien bereits „Unternehmungen in Gange“, ohne konkreter zu werden.

Hermann Huchler (FW) bemängelte, dass der geplante Park-and-Ride-Parkplatz aus den Planungen genommen worden sei. „Wir brauchen die Verkehrswende in den Ballungszentren. Nur mit noch mehr Straßen schaffen wir das nicht.“

Munz verwies dagegen auf die Anmerkungen des Regierungspräsidiums Tübingen, das einen solchen Parkplatz als „nicht erforderlich“ ansieht. Vertreter der Bürgerinitiative „Schutzgemeinschaft“ Rißtal hatten sich ebenfalls dagegen ausgesprochen, weil damit noch mehr Zufahrtsverkehr zum Parkplatz befürchtet werde.

Diskutiert wurde auch über den Vorschlag der Planer, keine Parkplätze auf den öffentlichen Flächen im Gebiet zu schaffen. Huchler bemängelte dies und nannte es eine „Fürsorgepflicht“, schließlich ließen sich die Anlieferungszeiten bei den Firmen nicht immer genau planen. Munz entgegnete, dies sei „gang und gäbe“. Der Planer verwies auf „Müll und andere Probleme“, die damit vermieden werden sollen. Das Ziel sei, dass die Firmen selbst entsprechende Stellplätze auf ihren Grundstücken einrichten, falls nötig.

Deutlicher Zuspruch für die Planungen kam von der CDU-Fraktion. Franz Schuy verlas eine Stellungnahme in der er lobte, dass die Planer die „vielen Anträge aufgenommen und alles bearbeitet hätten“. Mit der Information und der Transparenz hoffe er, dass in der Bevölkerung auch die Akzeptanz für das Industriegebiet wachse. Die Erschließung sei notwendig, um die Arbeitsplätze in der Region zu halten.